



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
72074 TÜBINGEN, Stäudach 92
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 03.01.2004

PRESSEMITTEILUNG

Schülerfahrkarten und Semestertickets teurer

Boris Palmer: Große Koalition im Vermittlungsausschuss lässt auch den Nahverkehr im Kreis Tübingen zur Ader

Dem Ausbildungsverkehr im Landkreis Tübingen gehen in den nächsten Jahren fast eine halbe Million Euro verloren. Auf diese bislang kaum beachtete Folge des im Dezember abgeschlossenen Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag macht der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer aufmerksam: „Allein dem Stadtverkehr Tübingen werden im Jahr 2006 gegenüber der bisherigen Planung 300 000 Euro Landeszuschüsse fehlen.“

Die Kürzungen sind das Ergebnis der Initiative der Ministerpräsidenten von Hessen und Nordrhein-Westfalen, Koch (CDU) und Steinbrück (SPD), zum Subventionsabbau. Weil Straßenbau nach der Definition der beiden Länderchefs eine Investition ist, der Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen aber von öffentlichen Subventionen lebt, sollte nach ihrem Vorschlag nur der öffentliche Verkehr bluten.

Für Palmer ist das ein Ärgernis: „Im Vermittlungsausschuss konnten zwar die schlimmsten Angriffe von Koch und Steinbrück auf den öffentlichen Verkehr abgewehrt werden. Trotzdem kommt die Straße kommt ungeschoren davon. während der öffentliche Verkehr gerupft wird. Die Zuschüsse für den Ausbildungsverkehr werden bis 2006 um 12% gekürzt. Das kommt heraus, wenn man SPD und CDU alleine machen lässt: weniger Geld für den öffentlichen Nahverkehr, Eltern und Studierende.“

Der Stadtverkehr Tübingen, der nach dem §45a des Personenbeförderungsgesetzes vom Land Ausgleichszahlungen für die Lasten des Ausbildungsverkehr erhält, hat nach Palmers Auffassung nur schlechte Möglichkeiten, die Kürzungen aufzufangen:

Die Stadtwerke können den Verlust ausgleichen, dann fehlt das Geld letztlich der Stadt. Sie können die Ticketpreise erhöhen. Dann zahlen Eltern und Studierende die Zeche des Subventionsabbaus. Ob dadurch mehr Geld hereinkommt, bleibt ungewiss, denn die Zahl der verkauften Tickets könnte durch eine Preiserhöhung zurückgehen. Dritte Möglichkeit wäre eine Streichung von Buskursen zur Kostensenkung. Bei dem bekannten Gedränge im Schülerverkehr sicher nicht ratsam. Den privaten Busunternehmen im Kreis bleiben nur die beiden letztgenannten Möglichkeiten.

Für Palmer sind damit Preiserhöhungen der öffentlichen Verkehrsmittel kaum noch zu vermeiden: „Es zeigt sich, dass die Debatte über Subventionen eine Schiefelage hat. Nicht alle Subventionen sind schlecht. Wenn Subventionsabbau bedeutet, dass Eltern in Zukunft alleine für den Schulbus zahlen und Studierende mit dem Auto zur Uni fahren, dann bringt das Deutschland gewiss nicht voran.“